

Verlagsstelle: Dresden, Neumarkt 17. Redaktion: Dresden, Neumarkt 17. Druck: Dresden, Neumarkt 17.

Verlag: Dresden

Verlagspreis: Die halbjährliche Bestellung 30 J. ...

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion des Sächsischen Volkszeitung, Dresden-Neumarkt 17, Telefon 10711 und 11052.

Der Skandal in Thüringen

Das Eingreifen des Reichsinnenministers Severing — Streit um Schul- und Polizeifragen

Der Fall Frick

Die politische Situation in Thüringen hat sich allmählich in einer Weise zugespitzt, daß sich die zuständigen Reichsstellen genötigt sehen, zu der Lage Stellung zu nehmen. Vor allem scheint das Bestreben des nationalsozialistischen Thüringischen Innenministers Frick offen darauf gerichtet zu sein, die Thüringische Staats- und Kommunalpolizei zu einem zuverlässigen Werkzeug der Rechtsradikalen zu machen.

Jedenfalls verdient festgehalten zu werden, daß in erster Linie nicht der Fall Janson — der noch der Untersuchung bedarf — noch sonstige Vorgänge bei der Thüringischen Schutzpolizei den Anlaß zum Vorgehen des Reichsinnenministers gegeben haben, sondern vor allem das pflichtwidrige Verhalten des Ministers Frick, der eine amtliche Anfrage des Reichsinnenministers unbeantwortet gelassen hat.

Schuldirektoren gegen Frick

Weimar, 20. März.

Bekanntlich hat Minister Frick das Verbot der Schuldirektoren, das den Schülern untersteht, sich an den rechtsradikalen Kundgebungen gegen den Youngplan zu beteiligen, aufzuheben.

Der Aufsatz in der Rundschau war mit an erster Stelle von der Hitlerjugend und dem nationalsozialistischen Studentenschaft, also parteipolitischen Organisationen unterzeichnet.

Besonders skandalös ist das persönliche Verhalten Fricks gegenüber dem Reichsinnenminister, wie aus einem Briefe, den Severing an die Thüringische Staatsregierung geschickt hat, hervorgeht. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Auf mein Schreiben vom 17. Februar habe ich eine Antwort bisher nicht erhalten. Dagegen hat nach bisher unwiderleglichen Zeitungsmeldungen das Mitglied der Thüringischen Staatsregierung, Herr Dr. Frick, in einer öffentlichen Versammlung erklärt, daß ich auf eine Antwort lange warten könne. Diese Haltung des Herrn Ministers Frick hat mich veranlaßt, für den Geschäftsbereich meines Ministeriums eine Anordnung dahin zu treffen, daß Anfragen und Schreiben des Thüringischen Staatsministeriums nicht früher beantwortet werden, bis eine Antwort auf mein Schreiben, auf das ich übrigens keineswegs wartete, eingegangen ist.“

Dieser Brief scheint Herrn Frick denn doch etwas aus der Ruhe gebracht zu haben. Nach einer Meldung der Teleson aus Weimar wird an zuständiger Thüringischer Stelle erklärt, daß sich in der Thüringischen Landespolizei seit der Amtstätigkeit des Ministers Dr. Frick nichts geändert habe. Weder im Ministerium noch in der Leitung und der Stellenbesetzung seien Veränderungen eingetreten.

„Auf mein Schreiben vom 17. Februar habe ich eine Antwort bisher nicht erhalten.“

Es bleibt daher für die Ansofsübertragung, für etwas notwendig werdende interfraktionelle Besprechungen unter den Regierungsparteien und für die zweite und dritte Lesung im Reichstag nur ein Spielraum von sechs Tagen bis zum 1. April übrig.

Es bleibt daher für die Ansofsübertragung, für etwas notwendig werdende interfraktionelle Besprechungen unter den Regierungsparteien und für die zweite und dritte Lesung im Reichstag nur ein Spielraum von sechs Tagen bis zum 1. April übrig.

recht zukommen lassen und dieser hat unsere Zustimmung bewährt ohne weiteres aufzuheben.

Wie müssen mit größtem Ernst und dem Vollrausch unserer Verantwortlichkeit gegen die uns anvertraute Jugend und deren Eltern aussprechen, daß eine solche vor vollter Öffentlichkeit geübte Kritik unserer durch Pflicht und Gewissen gebotenen Maßnahmen die Zerschlagung der Autorität der Leiter und der Autorität der Schule bedeutet.

Ein feiner Landtag

Der Herr Senator wird aus der Sitzung ausgeschlossen.

Weimar, 20. März.

Bei der Beratung des neuen Sparhaushalts in der letzten Sitzung des Thüringischen Landtags behauptete ein Kommunist, daß von der Ordnungsbundregierung in der Zeit von 1924—1928 finanzielle Mißwirtschaft getrieben worden sei.

Gegen Ende der Sitzung kam es zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu heftigen Auseinandersetzungen persönlicher Natur.

Der Sächsische Landtag, der doch gewiß auch manches leisten muß sich vor solchen Darbietungen weichen. Aber wenn es den Bemühungen der vereinigten Anwesenden in Sachen gelingt, eine Remise herbeizuführen, bei der jeder ein paar Kommunisten und vielleicht auch ein paar Nationalsozialisten nicht in den Landtag hereinlassen — dann besteht Aussicht, daß das sächsische Parlament die Thüringische Konkurrenz baldmöglichst einholt.

Steuern durch Notverordnung?

Rasche Arbeit notwendig

Berlin, 20. März.

Der Reichstag hat sich gestern nachmittags nach Erledigung der ersten Lesung der Finanzvorlagen auf Montagmorgen 3 Uhr verlagert. An diesem Tage haben außer mehreren Vorlesungen, die Anträge der Regierungsparteien und der Rechte zur Antwort auf der Tagesordnung.

Es bleibt daher für die Ansofsübertragung, für etwas notwendig werdende interfraktionelle Besprechungen unter den Regierungsparteien und für die zweite und dritte Lesung im Reichstag nur ein Spielraum von sechs Tagen bis zum 1. April übrig.

wenigen Notverordnungen erlassen werden, die ein Absehen der vorgelegten Steuertarifen ab 1. April sichern.

Der Reichstag wird seine nachmittags um 2 Uhr stattfindende Sitzung zur Verabschiedung der Finanzvorlagen beenden. Dies soll im Falle eines Kompromisses eine Änderung des Konjunkturloans des Finanzministeriums beschließen werden.

Silber für die Landwirtschaft

Berlin, 20. März.

Wie wir erfahren, wird die Verhandlung der Regierungsparteien über die Agrarfrage ihren Niederschlag in einem Joint-Letter finden.

Die entscheidende Aufgabe der ersten Ansofsübertragung war die Stellung des Morgenmarktes, die jetzt durchzuführen werden soll: Durch Verkäufung des Weizens, dessen Zoll erneut von der Regierung auf 12 RM. erhöht werden kann, wobei allerdings ein Durchschnittspreis von 20 RM. beibehalten wird, und 2. dadurch, daß der Getreidezoll erhöht und der Preis unter öffentliche Bewirtschaftung gestellt wird.